

Schwarzwald-Wacht

Calwer Tagblatt Nationalsozial. Tageszeitung

Verlag der Schwarzwald-Wacht G.m.b.H. Calw. Verantwortliche Schriftleitung: Friedr. Hans Scheele, für den Anzeigenteil: Georg Wurster, Kreisleiter. Geschäftsstelle Calw (Altes Postamt), Fernsprecher 251. Schluß der Anzeigenannahme 7 1/2 Uhr vormittags. Druck: A. Dellstätter'sche Buchdruckerei Calw. Durchschnitts-Auflage Dezember 1933: 3580

Bezugspreis: Monatlich RM. 1.50 durch Träger. Bei Postbezug zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 7 Pf., Restspalte 15 Pf. Bei Wiederholung Nachlaß. Erfüllungsort für beide Teile Calw. Für richtige Wiedergabe von durch Fernspruch aufgenommenen Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Alleiniges Amtsblatt für Stadt und Oberamtsbezirk Calw

Nr. 8

Calw, Donnerstag, 11. Januar 1934

1. Jahrgang

„Kraft durch Freude“ marschiert Am 20. Januar Gemeinschaftstagung der Amtsleitung

Berlin, 10. Jan. Wie das Propagandamt der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ mitteilt, fand am Mittwoch in den Räumen der Deutschen Arbeitsfront wieder eine Tagung aller Amtsleiter von „Kraft durch Freude“ statt. Bei dieser Gelegenheit wurden nochmals in ausgiebiger Aussprache die zu lösenden Aufgaben umrissen. Organisationsleiter Parteigenosse Selzner verwies wieder auf die am 13. Januar in Weimar stattfindende große Tagung, in der der Führer der Deutschen Arbeitsfront und Stabsleiter der D.A.F., Dr. Ley, in ausführlichster Weise zu dem NS-Gemeinschaftswerk „Kraft durch Freude“ Stellung nehmen wird. Am 20. Januar wird dann eine Gemeinschaftstagung sämtlicher Amtsleiter von „Kraft durch Freude“ in Berlin stattfinden, an der auch sämtliche Gauverwalter für „Kraft durch Freude“ teilnehmen werden.

Die Gauverwalter der neuen Organisation sind mittlerweile ernannt worden, für Württemberg - Hohenzollern: Ludwig Klemm, Stuttgart, Ranzleistr. 33.

Rundfunkteilnehmerzahl wächst

Berlin, 10. Jan. Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland betrug am 1. Januar 1934: 5 052 607 gegenüber 4 887 549 am 1. Dezember und 4 307 722 am 1. Januar 1933. Hiernach ist im Laufe des Dezember 1933 eine Zunahme von 215 058 Teilnehmern (= 4,4%) und im Laufe des Kalenderjahres 1933 eine Zunahme von 744 885 (= 17,3%) eingetreten.

Die Zahl der Gebührensbehaftungen ist im Laufe des Dezember um 9 350 gestiegen, jedoch gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres um 3712 zurückgegangen.

Die Kälte drückt die Arbeitsmarktlage

Berlin, 10. Jan. Der Arbeitsmarkt stand im Dezember unter dem Einfluß des außergewöhnlichen Kälteeinbruchs. Die Außenarbeiten mußten daher in erheblichem Umfang eingestellt werden und eine starke Belastung des Arbeitsmarktes blieb unvermeidbar. 343 000 bisher beschäftigte Arbeitnehmer wurden wieder in die Betreuung der Arbeitsämter übernommen. In den vorhergehenden Jahren waren die Steigerungen im Dezember erheblich höher (1930 = + 685 000, 1931 = + 608 000, 1932 = + 418 000). In Anbetracht des Umstandes, daß gegenüber dem November 1932 rund 1 Million Arbeitslose mehr in den Arbeitsämtern registriert sind, hat und dadurch eine höhere Gefährdung des Arbeitsmarktes besteht, ist die Zunahme in diesem Jahre gering.

Bei den Arbeitsämtern wurden demnach Ende Dezember rund 4 058 000 gegen 3 715 000 Arbeitslose Ende November gezählt.

Schutz des Einzelhandels

Neue Richtlinien
des Reichswirtschaftsministers

Berlin, 11. Jan. Der Reichswirtschaftsminister hat neue Richtlinien zum Schutz des Einzelhandels erlassen. Darin bringt der Reichswirtschaftsminister zum Ausdruck, daß in der Entscheidung darüber, ob ein neuer Einzelhandelsbetrieb zugelassen werden soll oder nicht, die Interessen des Haus- und Grundbesitzers berücksichtigt werden sollen, der durch die wirtschaftliche Entwicklung nicht minder betroffen sei als der Einzelhandel. Ferner weist der Reichswirtschaftsminister darauf hin, daß in vielen Fällen die Anbahnung der gefestigten Berufsvertretungen des Handwerks, des Einzelhandels usw. vorgezogen oder wenigstens empfohlen werden soll. Die Richtlinien klären auch eine Reihe von Zweifelsfragen, die bei der Durchführung des Einzelhandelschutzes aufgetreten sind, und geben insbesondere genauere Bestimmtheiten für Warenhäuser und Kaufhäuser.

Der Reichswirtschaftsminister erklärt u. a., daß Verkaufsstellen, in denen zwar Waren

mehrere, nicht zusammengehörender Waren-gattungen, aber keine Lebensmittel feilgehalten werden, nicht als „Warenhäuser“, sondern als Kaufhäuser anzusehen seien und deshalb nicht unter die Verbote fallen, die in der Verordnung über den Abbau der selbständigen Handwerksbetriebe in Warenhäusern vom 11. Juli 1933 ausgesprochen worden

sind. Eine vorsichtige Anwendung dieser Bestimmung hält der Minister im übrigen insbesondere auf dem Lande für geboten, wo die räumliche Vereinigung eines Gemischtwarengeschäftes mit einem Handwerksbetrieb nicht ausschließt, daß es sich um zwei von dem gleichen Unternehmer getrennt geführte Betriebe handle, welche in keinem inneren

Zusammenhang miteinander ständen. In diesen Fällen würde die Weiterführung des Handwerksbetriebes nach wie vor erlaubt sein. Das Gleiche gelte für die in ländlichen Verhältnissen vielfach vorkommende Verbindung eines Warengeschäftes mit einer Schankwirtschaft als selbständiger Betrieb in der Person eines Unternehmers.

Die Abrüstungskonferenz verschoben

Zusammentritt der Mächte nicht vor Ende Januar

Genf, 11. Jan. Von Seiten der maßgebenden europäischen Regierungen ist formell beschlossen worden, die für den 22. Januar anberaumte Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz zu verschieben. Die Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz soll erst Ende Januar oder Anfang Februar stattfinden.

Als Begründung für die Notwendigkeit der Verschiebung wird angegeben, daß die deutsch-französischen Besprechungen noch nicht beendet sind, insbesondere die Haltung der deutschen Regierung zur französischen Denkschrift noch nicht bekannt ist. Andererseits wolle auch der amerikanische Delegierte Norman Davis teilnehmen, habe aber Schwierigkeiten, rechtzeitig in Genf einzutreffen. Vermutlich wird der 29. Januar als Sitzungstag bestimmt werden.

Der französische Botschafter bei Mussolini

Mussolini hat den französischen Botschafter empfangen, um ihn über seine Aussprache mit Sir John Simon zu unterrichten. Dazu weiß der Vertreter des „Matin“ in Rom zu melden, daß der Duce erneut den Wunsch seiner Regierung betont habe, möglichst schnell zu einem durchaus befriedigenden Abrüstungsabkommen auf einer für alle Länder annehmbaren Grundlage zu gelangen. England halte an der allgemeinen kontrollierten Abrüstung auf der Grundlage des MacDonald'schen Planes fest. Italien trete für die allgemeine Beibehaltung der Rüstungen auf ihrem gegenwärtigen Stand und die praktische Anwendung der militärischen Gleichberechtigung für Deutschland ein. Die englische Auffassung habe sich also in Rom nicht durchsetzen können. Der Völkerbundsreformplan trete gegenwärtig etwas in den Hintergrund. Wahr-

scheinlich werde Italien keine entsprechenden Vorschläge machen.

Englische Blätter wollen wissen, daß der italienische Vorschlag dahin gehe, die deutsche Forderung nach einer größeren Armee mit Beschränkungen anzunehmen, die deutsche Bewaffnung strikte auf Verteidigungswaffen zu beschränken, die entmilitarisierte Rheinlandzone abzuschaffen unter der Bedingung, daß dort keine, Ofsenbüchsen dienende Befestigungen errichtet werden; schließlich solle Frankreich auf die Verwendung der Kolonialtruppen in Europa und auf die Beschaffung von Angriffswaffen von jetzt ab verzichten. Eine internationale Rüstungsinpektion solle eingeführt werden.

„Times“ bekreidet die Richtigkeit dieser Meldungen und erklärt, daß Sir Simon keine italienischen Abrüstungsvorschläge mitgebracht habe.

Das Programm der Ratstagung in Genf

Der Vorsitzende der in der nächsten Woche beginnenden 78. Tagung des Völkerbundesrates wird der polnische Außenminister Bed Sienicki sein. Für England wird Außenminister Simon und für Frankreich Paul-Boncour an den Verhandlungen teilnehmen. Es ist die erste Tagung des Rates seit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Hauptgegenstand der Tagung wird die Volksabstimmung im Saargebiet sein, zu der jetzt der Rat die Vorbereitungen zu treffen hat. Vor allem soll der Rat den Zeitpunkt der Abstimmung festsetzen. Eine Verlautbarung des Völkerbundes erinnert daran, daß der Rat nach dem Versailleser Vertrag „die Freiheit, das geheime Vorgehen und die Ehrlichkeit der Abstimmung zu sichern habe“. Außerdem habe der

Rat, wie es in der Verlautbarung weiter heißt, nach der Abstimmung durch Mehrheitsbeschluß die Staatszugehörigkeit des Saargebietes zu bestimmen, indem er dem durch die Abstimmung ausgedrückten Wunsch der Bevölkerung Rechnung tragen werde.

Weiter ist von Interesse ein Brief des Danziger Völkerbunds-Kommissars, in dem dieser den Rat bittet, die Frage der Danziger Verfassung zu prüfen. Dabei erwähnt der Völkerbunds-Kommissar auch die Angelegenheit der verbotenen Zeitungen.

Ferner werden verschiedene Eingaben deutscher Minderheitsangehörigen in Polen zur Verhandlung kommen.

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, wird ebenfalls im Laufe der nächsten Woche eintreffen, um die Möglichkeiten einer Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen zu besprechen.

Bergeblüher Sprengungsversuch

gegen die Deutsche Front an der Saar

Saarbrücken, 10. Januar. Auf die Beschwerde der Deutschen Front über die Politik der Regierungskommission des Saargebietes hat diese jetzt in eingehenden Ausführungen geantwortet.

In dieser Antwort versucht die Saar-Regierung ihr Verhalten durch den Hinweis zu rechtfertigen, daß die Zahl der von Nationalsozialisten begangenen „Terrorakte“ im letzten Vierteljahr zugenommen habe und daß der Saarregierung täglich Klagen aus den verschiedensten Teilen der Bevölkerung unterbreitet würden. Es gehe nicht an, die Verantwortung für diese Ausschreitungen sogenannten unverantwortlichen Elementen zuzuschreiben. Die Antwort drückt dann das außerordentliche Bedauern der Regierungskommission aus, daß die Herren Röschling und Lebach, die seit 14 Jahren eng mit dem politischen Leben des Saargebietes verbunden seien, die Eingabe der Deutschen Front mit unterzeichnet und ihre Parteien kürzlich nach langem Zögern der NSDAP. unterstellt hätten.

Die Regierungskommission besaß sich dann mit der Frage der Versammlungsverbote und betont, daß geschlossene Versammlungen grundsätzlich erlaubt seien. Wegen zahlreicher Zwischenfälle jedoch seien nicht nur die geschlossenen nationalsozialistischen, sondern auch die kommunistischen Versammlungen, also für beide „extremen Parteien“, verboten worden. Die NSDAP. aber, heißt es in der Antwort weiter, versuche die Verbote zu umgehen, indem sie unter der Bezeichnung „Elternabende“, „Heimatabende“ usw. Versammlungen veranstalte, in deren Verlauf einflussreiche Mitglieder der Partei das Wort ergreifen hätten, um über politische Ereignisse zu sprechen.

In der Antwort der Regierungskommission wird zum Schluß betont, daß die Regierung keine Bestimmungen der Rotverordnungen zu bereuen oder abzuschwächen brauche, zu deren Erlaß sie vor einigen Wochen gezwungen worden sei. Sie habe das feste Vertrauen, daß sie die Lage meistern werde; sie vertraue auch auf die tatkräftige Unterstützung des Völkerbundes, die der Regierung noch niemals gefehlt habe.

Schließlich wird in der Denkschrift noch festgestellt, daß sie die Zustimmung sämtlicher Mitglieder der Saarkommission gefunden habe; nur das saarländische Mitglied habe seinen abweichenden Standpunkt beibehalten.

Das Siedlungswerk beginnt

Eignung wichtiger als Bargeld

Ueber die umfangreichen Siedlungspläne für das neue Jahr macht der „Völkische Beobachter“ einige nähere Mitteilungen. Danach soll die Durchführung der Pläne, deren Verwirklichung zur Zeit sorgfältig vorbereitet wird, im Frühjahr beginnen. Wenn die Siedler noch in den Genuss der Ernte kommen sollen, müßten sie bis spätestens 1. Mai auf ihren Stellen sein. Von den neuen Siedlern wird verlangt, daß sie verheiratet sind, weil die Siedlungsstellen Heimstätten für Familien werden sollen. Handwerker werden nur in einem gewissen Verhältnis zur gesamten Einwohnerzahl in den neuen Siedlungen untergebracht.

Geeignete Siedler stehen in genügend großer Zahl zur Verfügung. Doch haben die meisten von ihnen so gut wie kein Bargeld oder sonstige Vermögenswerte, die sie für den Ankauf einer Stelle verwenden könnten. Die Regierung legt jedoch den Hauptwert nicht auf die Geldmittel, sondern auf die Eignung des Anwärters. Daß man in den früheren Jahren meist nur auf die finanzielle Leistungsfähigkeit gesehen hatte, war der Hauptgrund dafür, daß die katastrophale Notlage im Verlauf der Landwirtschaftskrise auch die Siedler bedrückte. Dieser Fehler soll also auf jeden Fall vermieden werden. Es scheint gelungen zu sein, Mittel und Wege zur Überwindung der finanziellen Schwierigkeiten zu finden. Der einzelne Siedler wird wahrscheinlich nur zehn bis zwanzig Prozent der Errichtungskosten seiner Siedlerstelle sofort zu zahlen brauchen, wobei noch

die Möglichkeit der Zahlung in Arbeitsleistung offenstehen soll. Unter Umständen würden wenige hundert Mark genügen, um in den Besitz einer Siedlerstelle zu gelangen.

Nach einer Ankündigung des Oberpräsidenten Koch ist für Ostpreußen der Bau von 2200 Häusern in Dorfneusiedlungen von je vier Morgen Land geplant. — Im Süden der Stadt Leipzig ist der Bau von 500 Siedlerstellen in Angriff genommen worden. — Der Hamburger Stahlhelm hat gemeinsam mit dem Kleingartenverein Deutschland die Schaffung von 150 Siedlerstellen in Ahrensburg unternommen.

Reichstag im Januar

In politischen Berliner Kreisen wird angenommen, daß der Reichstag Mitte Januar zu einer kurzen Tagung zusammentreten wird, um das Arbeitsprogramm, das ursprünglich schon im Dezember vorgeesehen war, durchzuführen. Damals wurde in erster Linie auf die Notwendigkeit einer Erneuerung und vielleicht auch Ausweitung des Ermächtigungsgesetzes hingewiesen, die wahrscheinlich auch jetzt als wichtiger Punkt auf der Tagesordnung stehen wird. Dagegen scheint es nicht, daß außenpolitische Themen angeschnitten werden sollen, weil jedenfalls, soweit sich bisher übersehen läßt, die Entscheidungen darüber noch nicht reif sind.

Dieser Bericht der Regierungskommission an den Völkerbundsrat ist getragen von ausgesprochenem Haß gegen die nationalsozialistische Bewegung, was nicht zu verwundern ist, wenn man weiß, daß der in der Regierungskommission beschäftigte, in Deutschland seit einiger Zeit strafrechtlich verfolgte frühere Oberregierungsrat Kähler an der Abfassung der Berichte maßgeblich beteiligt ist. Das allein kennzeichnet die Tendenz und auch die Dokumente, auf die sich die Denkschrift stützt. Die Unterlagen, einseitig zusammengestellt, sind kürzlich von einem anderen, ebenfalls von der Regierungskommission angestellten Emigranten namens Lehner in seiner Eigenschaft als Polizeikommissar in Neunkirchen sichergestellt worden. Obwohl diese Dokumente erst jetzt bekannt geworden sind, versucht die Regierungskommission, mit ihnen nachträglich ihre feinerzeitigen Verordnungen zu rechtfertigen. Unverhohlen geht aus jedem Wort der Denkschrift die Verärgerung darüber hervor, daß das bewußte Deutschtum an der Saar sich gemäß der Neuordnung der Dinge in Deutschland ohne Unterschied der Partei mit dem Nationalsozialismus in der Deutschen Front zusammengeschlossen hat. Der Versuch der Denkschrift, trotz dieser Einigung die Führer der früheren Parteien gegen den Nationalsozialismus auszuspielen, zeigt am besten, wie wenig Verständnis die Regierungskommission für die geistige und biederländische Einigung im Reich und an der Saar aufbringt. Allein der Umstand, daß die Regierungskommission bei ihren Maßregeln Nationalsozialismus und Kommunismus als „extreme Parteien“ einander gleichstellt, genügt als Zeugnis für die subjektive Einstellung der Regierungskommission. Sie glaubt, die Förderung der Beziehungen des Saardeutschums mit dem Reich als gesetzwidrige Machenschaften einer politischen Partei brandmarken zu können, die sich auf ihre „auswärtigen Beziehungen“ berufe. Auch das ist ein Zeichen für die mangelnde Objektivität der Saarregierung, denn laut Saarkonstat ist die Saarregierung als Treuhänder einer Bevölkerung eingestuft, die auch heute nicht ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat.

Das deutsche Volk an der Saar wird trotz dieser Provokation durch eine ihm ausgedehnte landfremde Regierungskommission sich in seiner vorbildlichen Ruhe und seinem Ordnungssinn nicht wanden lassen. Alle wenig verschleierte Versuche, die Saarbevölkerung in ihrer Einigkeit zu erschüttern, werden sie nur noch fester zusammenschließen im Kampf um die Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande.

Offener Brief an den Völkerbunds-Generalsekretär

ub. Saarbrücken, 10. Jan. Die von dem wegen gemeiner Verbrechen strafrechtlich verfolgten Oberregierungsrat Kähler für die Saar-Regierungskommission verfaßten Randbemerkungen zur Beschwörung der Deutschen Front beim Völkerbundsrat geben der „Saarfront“ Anlaß zu einem offenen Brief an den Generalsekretär des Völkerbundes, in dem zunächst gegen die Unfalschheit und gegen die persönlichen Angriffe auf den Landesführer der NSDAP, im Saargebiet und der Deutschen Front, Staatsrat Spantol, Stellung genommen wird.

Die saarländische Presse veröffentlicht weiters einen Briefwechsel zwischen Dr. Köchling und dem Generaldirektor Guil-

Die Hinrichtung van der Lubbes Der Reichstagsbrandstifter unter dem Fallbeil



Marinus van der Lubbe, der Reichstagsbrandstifter, der am Mittwoch in Leipzig hingerichtet wurde.

px. Leipzig, 10. Jan. Da der Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, ist das am 23. Dezember 1933 gefällte Todesurteil gegen den Reichstagsbrandstifter Marinus van der Lubbe Mittwoch früh im geschlossenen Lichthofe des Landgerichtsgebäudes in Leipzig vollzogen worden.

Van der Lubbe hätte die Todesstrafe durch den Strang verwirkt gehabt. Maßgebende Stellen der NSDAP, stehen jedoch auf dem Standpunkt, daß diese besonders schimpfliche Strafe gemeinen Landes- und Volksverrätern vorzuziehen ist, während van der Lubbe als Leberzeugungstäter angesehen werden muß, weshalb das Todesurteil durch das Fallbeil vollzogen wurde.

Leaume der französischen Saargrubenverwaltung, Dr. Köchling weist in seinem Schreiben nochmals darauf hin, daß nach den Zeugenaussagen im bekannten Prozeß im Bereich der Bergwerksdirektion auf die Eltern ein Druck ausgeübt wurde, die Kinder in französische Schulen zu geben. Wer für persönliche Schicksale verantwortlich ist, habe dafür zu sorgen, daß nicht nachgeordnete Beamte willkürlich einen Teil der Belegschaft mit Frau und Kindern vor die Wahl stellen, entweder zu hungern oder ihr Vaterland zu verraten.

Danzig-polnische Einigung

Streitfragen werden künftig ohne Anrufung des Völkerbundes bereinigt

Danzig, 10. Jan. Der Vertreter Polens übergab im Zusammenhang mit den kürzlich in Warschau geführten Besprechungen zwischen dem Präsidenten des Danziger Senats und Vertretern der polnischen Regierung zwei Erklärungen ab.

Marshall Bilsudski ließ im besonderen erklären, daß er die von Präsident Dr. Kaushning bezüglich des Verkehrs zwischen Danzig und Polen aufgestellten Grundsätze für bessere Formen des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen für geeignet hält. Er hält es weiter für erwünscht, daß eine stufenweise verständnisvolle Beseitigung der bestehenden Schwierigkeiten die Normalisierung der Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ermöglicht.

Der polnische Außenminister Beck ließ Vorschläge über eine Vereinigung der bestehenden Streitfälle in unmittelbaren Verhandlungen ohne Einreichung von Entschuldigungsanträgen bei den Völkerbundsinstan-

Die Mitteilung von der bevorstehenden Enthauptung wurde dem Reichstagsbrandstifter am Dienstag nachmittag vom Oberreichsanwalt Dr. Werner in der Gefängniszelle gemacht. Van der Lubbe zeigte keinerlei Bewegung und lehnte geistlichen Zuspruch ab; er äußerte überhaupt keinen Wunsch und schrieb auch nicht an seine Angehörigen.

Die Hinrichtung erfolgte in Anwesenheit des Oberreichsanwaltes Dr. Werner, des Landgerichtsdirektors Parrsius, des Senatspräsidenten Dr. Büniger und drei weiteren Mitgliedern des Straßenrats, der das Urteil gefällt hatte. Ferner wurden der Hinrichtung 12 Gemeindeglieder der Stadt Leipzig, der Verteidiger Dr. Seuffert, der holländische Dolmetscher Meher-Collings, Kreishauptmann Döncke, der Gefängnisdirektor, der Gefängnisgeistliche und zwei Gerichtsärzte, aber keine Pressevertreter beigezogen. Van der Lubbe gab vor der Hinrichtung keine Erklärung ab. Die Hinrichtung verlief ohne Zwischenfall.

Hinrichtung eines Polizistenmörders

Hamburg, 10. Jan. Mittwoch morgen wurde der Mörder des Polizeimeisters Perse, Rudolf Ernst Lindau, der Perse am 27. August 1931 aufgelauert und hinterwärts niedergeschossen hatte, um ihn seiner Waffen zu berauben, in Hamburg durch das Fallbeil hingerichtet.

zen überreichen. Zu den so zu behandelnden Fragen gehören u. a. die Entwicklung der kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der polnischen Bevölkerung in Danzig.

Mit Ausnahme der Verhandlungen ist sofort nach Beendigung der am 15. Januar beginnenden Tagung des Völkerbundsrates zu rechnen.

Deutschlands Transferpolitik gerechtfertigt

Auf der Tagung des Verwaltungsrats der BIZ in Basel behaupteten die englischen Vertreter, daß Deutschland weitergehende Zugeständnisse machen könnte, da England in größerem Umfang in Deutschland laufe, als Deutschland Einkäufe in Großbritannien tätige. Weiter erklärten die Engländer, daß sie sich dadurch benachteiligt fühlten, daß Deutschland gegenüber Holland und der Schweiz in der Transferfrage ein größeres Entgegenkommen an den Tag gelegt habe.

Die Schweiz erklärte, daß diese Auslegung der Haltung Deutschlands als unrichtig bezeichnet werden müsse. Mac Garra sagte ebenfalls, daß man an dem deutschen Standpunkt keine Kritik üben dürfe.

Da im Dezember dem Gläubiger-Komitee zugefagt worden war, ihm vor Neuabschluss eines besonderen Zahlungsabkommens mit der Schweiz und Holland Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben und die Regierungen der beiden genannten Länder nunmehr an die deutsche Regierung zwecks Abschlusses eines besonderen Zahlungsabkommens herangeraten sind, hat die Reichsbank die Vertreter der Gläubiger zu einer Sitzung am 22. Januar in Berlin eingeladen. Es handelt sich nicht um eine neue Transferkonferenz.

Das Opfer schwarzer Feme gefunden

Präsident Hartl in Schutzhaft

München, 10. Jan. Der Hauptbelastungszeuge im Prozeß gegen den Seminarlehrer Rößberger, Präsident Hartl, der nach der Verurteilung Rößbergers am 5. Januar wegen Greuelpropaganda verschwunden war, ist am Dienstag früh nach umfangreichen Ermittlungen von der Polizei gefunden worden. Präsident Hartl befand sich in derart zerrütetem Nerven- und Gemütszustand, daß eine Vernehmung noch nicht möglich war. Er wurde zu seiner persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen, in der er jede Bequemlichkeit genießt und in seiner Bewegungsfreiheit nur soweit eingengt ist, als die Sorge für die Sicherheit seiner Person von Anschlügen auf Leben und Gesundheit erfordert.

Der Grund für die Flucht Hartls ist darin zu suchen, daß Hartl nach der Verurteilung Rößbergers eine Flut anonymen Krates und Schmähbriele erhalten hatte, die ihn zum Selbstmord treiben sollten oder ihm den gewaltsamen Tod androhten.

Kurze Tageschau

Die Rache einer Hausangestellten

Essen, 10. Jan. Am Montag hatte die Hausangestellte Anna Stein den vierjährigen Knaben einer Essener Familie, bei der sie beschäftigt war, zu erdrosseln versucht. Die Täterin wurde am Dienstag abend in Düsseldorf festgenommen und nach Essen übergeführt. Sie ist völlig geständig.

Sie gab an, den Vorfall gehabt zu haben, das Kind zu töten, da sie sich an ihrer Herrschaft für eine Krüge habe rächen wollen.

Fischdampfer in schwerem Orkan

Warnemünde, 10. Jan. Der Nordseeischdampfer „Präsident Rose“ kehrte von seiner Inlandsangriff mit Flagge auf Halbmast zurück. Der Dampfer war auf dem Atlantik in einen schweren Orkan geraten. Eine besonders schwere See spülte den Matrosen Lüders aus Nordenham über Bord. Infolge des großen Seeganges brach die Ruderfelle, durch einen weiteren gewaltigen Brecher wurde der erste Steuermann Reeb aus Nordenham schwer verletzt. Das Schiff hat erheblichen Schaden erlitten.

Drei Kinder erstickt

Königsberg, 10. Jan. In dem Dorf Tharowken im Kreis Osterode ereignete sich ein furchtbares Unglück. Die Frau des Besitzers Golombiewski hatte den Ofen im Schlafzimmer ihrer Kinder geheizt und die Ofenklappe zu früh geschlossen. Im Laufe der Nacht bildeten sich Kohlenoxydgase, wodurch die drei im Alter von 5, 14 und 16 Jahren stehenden Kinder vergiftet wurden. Als die Mutter am Morgen die Kinder wecken wollte, waren diese bereits tot.

Heliumfunde bei Debreczin

Budapest, 10. Jan. Nach einer Blättermeldung aus Debreczin sind in der Umgebung der Stadt Erdgasstellen entdeckt worden, die auch ansehnliche Mengen von Helium ergeben haben sollen.

Helium wurde bisher nur in Amerika gefunden. Wegen seiner Explosions-sicherheit wird es vorzugsweise als Füllgas für Luftschiffe verwendet.

KAMPF
um
Erika
Copyright 1933 by Prometheus-Verlag Gröbenzell
14] ROMAN VON MARIA OBERLIN

Eine tiefe, warme Stimme meldete sich. Da schloß ihr alles Blut jäh zu Herzen. Aber die tiefe Männerstimme klang ganz beherrschend und ruhig:

„Fräulein Dr. Hellmann? Ja, hier Oberberg. Also: Die Verletzungen des Kleinen sind nicht gefährlich. Er wird in ein paar Tagen wieder hergestellt sein...“

Erika atmete auf. Ooh, wie schön... Oberberg fuhr fort: „Auch die Eltern habe ich ermittelt, es sind Portierknechte aus der Kankestraße. Ich werde für alles sorgen, vielleicht auch den Kleinen nach seiner Herstellung ein paar Wochen fortzuschicken, damit nicht irgendetwas zurückbleibt. Einen großen Prozeß wird es wohl auch nicht geben, da schon nachgewiesen wurde, daß der Kleine aus Unvorsichtigkeit direkt vor den Wagen lief. Immerhin, um 12 Uhr wird Hansen vernommen. Und es wäre mir ganz lieb, wenn auch Sie eben herüberkommen würden...“

„Ja, gewiß, selbstverständlich...“ Eine Weile war es still.

Dann begann die Männerstimme noch einmal:

„Ich hoffe, Sie sind gut heimgekommen und haben sich tüchtig ausgeschlafen...“ Seine Stimme klang warm und herzlich. Der Draht brachte ihm ein leises, weiches „Ja“ herüber.

Dann brach die Verbindung jäh ab. Oberberg, der von der Bank aus telephonierte, ließ mit leisem Seufzer den Hörer näher ans Ohr gleiten. „Fernverbindung London“, meldete das Amt.

Er hatte das Ferngespräch kaum beendet, als der Apparat wiederum läutete.

„Evelyn?“

„Ja, Rudolf. Wollen wir nicht zusammen in der Stadt Trübsüßen?“

„Jetzt schon?“, kam Oberbergs Stimme gedehnt zurück. „Ich habe um 12 Uhr eine Vernehmung, das kommt mir nicht gut aus...“

„Vernehmung?“, kam die Stimme der Schauspielerin erstaunt zurück.

„Ja, ich hatte einen kleinen Anfall gestern...“

Evelyn Ostin schien sich dafür nicht wesentlich zu interessieren.

„Dann komm doch in den „Kolibri“, wenn die Sache beendet ist“, meinte sie gleichgültig. „Wo findet denn die Vernehmung statt?“

Oberberg nannte das Polizeirevier und die Straße.

„Also gut, dann warte ich im „Kolibri“ auf dich.“

Ein freundlich-höfliches „Guten Morgen“, dann war es wieder still.

Oberberg fuhr sich mit der Hand durchs Haar. Eine tiefe ärgerliche Verstimmung ergriff ihn. Er konnte sich selbst darüber keine Rechenschaft abgeben. War es, weil ihm Evelyns Anruf unerwartet kam? Er hatte diese läppigen Frühstücksstunden in dem überleganten Schauspieler-Restaurant. Er kam sich dort immer festfam fremd vor. War er engherzig und empfindlich? Nein, bestimmt nicht! Er liebte offene Fröhlichkeit, und auch ein Schuß Boheme störte ihn nicht.

Aber im „Kolibri“ kam es ihm immer vor, als präsentiere ihn seine Braut auf selbstsamer Weise, er kam sich als Evelyns Verlobter dort immer wie ein Schaustück vor... Wie sich wohl Erika Hellmann in dem Lokal ausnehmen würde? Er konnte sich diese schlichte, seine Erscheinung dort nicht vorstellen.

„Wohin verirren sich nur immer seine Gedanken? Aergerlich sah er schließlich die Akten, Briefe und Statistiken, die vor ihm auf dem Schreibtisch lagen, zur Seite. Die Arbeiten hatten ein paar Stunden Zeit. Ein wilder Wunsch nach frischer Luft und stillem Alleinsein überkam ihn. Kurz entschlossen nahm er Hut und Mantel aus dem Wand-schrank und verließ das Bankgebäude.

Erika war pünktlich zur Vernehmung erschienen. Ihr sonst so blaßes Gesicht trug eine leise Röte innerer Erregung. Der Chauffeur Hansen hatte schon seine Aussage gemacht, das Protokoll war aufgenommen worden.

Auch Erika schilderte in kurzen Zügen ihren Eindruck von der Unglücksstätte. Nur Oberberg fehlte noch. Es hatte schon seit ein paar Minuten 12 Uhr geschlagen, als er schließlich eintrat, den Hut in der Hand, mit glänzenden Augen und frischem Gesicht.

Erika sah ihn erstaunt an. Er begrüßte sie herzlich und setzte sich neben sie.

„Sie sehen mich so erstaunt an?“, meinte er fast heiter. „Ich habe mich ein paar Stunden selbst beurteilt und bin zu Fuß durch den Schnee gepilgert. Es tat mir gut.“ Seine Stirn furchte sich leise. „Man kommt wieder einmal zu sich selbst“, setzte er dann leise hinzu.

Die Vernehmung dauerte nur kurze Zeit. Nach einer knappen halben Stunde standen

sie schon wieder draußen auf der Straße. „Werden Sie jetzt Ihre Reisevorbereitungen beenden?“, meinte Oberberg höflich. „Morgen früh soll es doch losgehen, nicht wahr?“

Erika nickte. „Ich möchte nur gern noch auf einen Sprung mal eben ins Krankenhaus und nach dem Kleinen sehen“, meinte sie fragend. „Glauben Sie, daß das geht?“

„Der Kleine würde sich sehr freuen, das weiß ich“, sagte Oberberg, und sah nachdenklich in das stille Mädchen-gesicht. „Hansen kann Sie hinfahren. Ich begleite Sie selbstverständlich...“

Er hatte nicht bemerkt, daß Evelyn Ostin in einer Lage am Polizeirevier vorbeigekommen war, anhielt und nach ihm Ausschau hielt.

Erst als der Wagen dicht vor ihm und Erika Hellmann hielt, sah er auf.

Evelyn Ostin sprang aus dem Wagen. Sie trug ein sehr elegantes hellgrünes Winterkostüm, verschmalerter reich mit kostbarem grauen Pelz besetzt. Sie war sorgfältig frisiert und vorteilhaft geschminkt, ein starker, betäubender Duft von Beau Despaigne ging von ihr aus.

Erstaunt sah sie das junge Mädchen an, das neben Rudolf Oberberg stand.

„Gut, daß ich dich hier noch getroffen habe...“, sagte sie, und reichte Oberberg die schmale, im grauen Wildlederhandschuh steckende Hand. „Dann brauche ich wenigstens nicht im „Kolibri“ zu warten. Du bist doch fertig? Wo ist dein Wagen?“

Sie hatte Erika Hellmann vollständig übersehen. Sie wandte sich schnell und mit kurzem Kopfnicken von Oberberg fort und wollte gehen.

Oberberg war eine helle Röte ins Gesicht gestiegen.

Fortsetzung folgt.

Standrecht gegen unschuldige Nationalsozialisten

Innsbruck, 10. Jan. Auf Grund der Ankündigung eines weiteren scharfen Vorgehens gegen die nationalsozialistische Bewegung seitens der Regierung wurde zum erstenmal gegen Nationalsozialisten Anzeige an das Standgericht erstattet. Es handelt sich um den Sprengstoffanschlag in der Nacht zum 9. dieses Monats gegen den Gendarmerieposten bei Bludenz. Obwohl die Täter, wie amtlich festgestellt wird, unbekannt sind, wurden 7 Nationalsozialisten verhaftet und gegen sie die Anzeige beim Standgericht vorgenommen.

Hingegen ist bisher ein gerichtliches Einschreiten gegen den Mörder des Reichswehrmannes Schuhmacher unterblieben, obwohl dieser Fall nach dem klaren Wortlaut der Notverordnung längst standgerichtlich abgeurteilt hätte werden müssen.

Bundeskanzler Dollfuß hat die oberste Führung der österröhmischen Sturmtruppen übernommen. In den letzten Tagen wurden in Kärnten wiederum Massenverhaftungen vorgenommen. Die Festgenommenen wurden in das Konzentrationslager Wöllersdorf gebracht.

Tirol fordert von Dollfuß Hilfe

Innsbruck, 10. Jan. Die Tiroler Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie hat eine Entschließung angenommen, die sich mit der durch die politischen Verhältnisse entstandenen schweren Wirtschaftskrise beschäftigt. In der Entschließung heißt es: „Wir Tiroler haben bewußt einen ausschlaggebenden Anteil unserer Wirtschaft von einer Befruchtung abhängig gemacht, die uns nur unser großes Brudervolk bieten kann. Aber nicht nur wirtschaftlich hat unser gesamtdeutsches Denken Ausdruck gefunden. In Tirol haben schon vor 13 Jahren 98 v. H. der Bevölkerung in einer Volksabstimmung den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich gefordert. Dies geschah zu einer Zeit, in der dort die innerpolitischen Verhältnisse wahrlich in der tirolischen Bevölkerung noch nicht den Wunsch rege machen konnten, ihm auch bei uns Heimatrecht zu verleihen. Wir aber hörten damals so gut wie heute auf die Stimme des Blutes, und so war Tirol auch das Land, in dem die ersten Befehle jener Grundzüge, die heute im Deutschen Reich herrschen, Asyl suchten vor der Achtung in ihrem Vaterlande. Heute aber werden fast nur wir Tiroler von der Einreiseperrre des Deutschen Reiches vernichtend getroffen.“ Am Schluß der Entschließung werden von der österreichischen Regierung energische Taten verlangt, um die durch die politische Lage entstandene schwere Krise im Land Tirol zu mildern.

Infolge des Ausfalles des Fremdenverkehrs, der durch die deutsche 1000-Marksperrre hervorgerufen wurde, sieht sich die österreichische Bundesregierung veranlaßt, nun eine zweite Notverordnung zur Hilfeleistung für die notleidende Fremdenverkehrs-Industrie zu erlassen.

USA lehnen Defensivbündnisse ab

Washington, 10. Jan. Präsident Roosevelt und Vizepräsident E. A. Tamm hatten beim ersten Empfang des Sowjetbotschafters im Weißen Haus den Entschluß zur Zusammenarbeit für Erhaltung des Weltfriedens betont. Dies bedeutet jedoch nicht etwa, wie im Staatsdepartement in Zurückweisung Pariser Presse-meldungen erklärt wurde, den Abschluß eines Defensivpaktes in bezug auf den Stillen Ozean. Amerika schließt keinerlei internationale Verträge ab, die es zum Einsetzen bewaffneter Macht verpflichten würden. Die Vereinigten Staaten seien aber bereit, an allen Bemühungen teilzunehmen.

Kapitän Lauterbach heimgekehrt

Bremerhaven, 10. Jan. Kapitän Lauterbach, der bekannte Abenteurer und Seefreund Graf Luckner, hat mit dem Segler „Mopelia“, der früheren „Vaterland“, die Reise Neuhort-Bremerhaven in der Refordzeit von 26 Tagen zurückgelegt. Zum Empfang des Schiffes hatte sich Graf Luckner zusammen mit dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront in Niedersachsen, Tarius-Hannover, und dem Kreisleiter der NSD, Kemmer-Bremerhaven, sowie dem Kreisleiter der Abteilung Seefahrt in der Auslandsabteilung der NSD, Wittekind, an Bord begeben.

Das ganze Hafengebiet wies reichen Flaggen Schmuck auf. Abteilungen der NSD, die Marineküsten der SA, SS, und SA, hatten an der Hafeneinfahrt Aufstellung genommen. Während der Segler von zwei Schleppern ans Land gezogen wurde, nahmen Graf Luckner, Kapitän und Mannschaft an der Reeling Aufstellung. Unter dem Jubel der ungeheuren Menschenmenge begrüßte als Erster Oberbürgermeister Lorenzen die Besatzung mit herzlichen Worten. Graf Luckner dankte gerührt und richtete wiederum herzliche Dankesworte an Kapitän Lauterbach und die Besatzung, die die „Mopelia“ so sicher durch die Atlantikstürme geführt hätten.

Wichtige Ergänzungen zum Reichserbhofgesetz!

(Schluß.)

Wir brachten bereits gestern die ersten Ergänzungen und Erläuterungen über das Reichserbhofgesetz, und lassen heute weitere Zusätze folgen.

II. Wann kann ein an Kindesstatt angenommenes Kind Anerbe werden?

Grundsätzlich bestimmt das Reichserbhofgesetz im § 21, daß an Kindesstatt angenommene Personen nicht zur Anerbenfolge berufen sind; diese Bestimmung ist darauf zurückzuführen, daß der Bauernhof dem Blute des angestammten Bauerngeschlechts erhalten werden soll. In der ersten Durchführungsverordnung (§ 63) ist dann bestimmt, daß eine bereits vor dem 1. Oktober an Kindesstatt angenommene Person in der Anerbenfolge einem ehelichen Kinde gleichgestellt sein soll, was zur Folge hat, daß dieses Kind ebenfalls Anerbe werden kann.

Die zweite Durchführungsverordnung bringt jetzt noch eine Erweiterung. Danach kann jetzt das Anerbengericht zulassen, daß ein an Kindesstatt angenommene Kind für den nächsten auf das Inkrafttreten des Gesetzes folgenden Erbfall zum Anerben bestimmt wird, wenn es beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits längere Zeit wie ein Kind im Hause des Bauern gelebt hatte. Wenn also beispielsweise ein Bauer aus irgendwelchen Gründen die Annahme an Kindesstatt vor dem ersten Oktober 1933 unterlassen hat, so kann er diese jetzt noch nachholen und dann das adoptierte Kind zum Anerben bestimmen. Voraussetzung ist, daß das Anerbengericht die Bestimmung des adoptierten Kindes zum Anerben genehmigt. Eine solche Genehmigung kann das Anerbengericht wiederum nur erteilen, wenn das Kind bereits längere Zeit vor dem 1. Oktober 1933 im Hause des Bauern wie ein Kind gelebt hat.

III. Wie ist bei der Veräußerung oder Belastung von Erbhofgrundstücken zu verfahren?

In § 37 des Reichserbhofgesetzes ist bestimmt, daß das Anerbengericht die Veräußerung oder Belastung des Erbhofes oder einzelner Teile genehmigen kann. Es ging aber aus dem Gesetz nicht klar hervor, wer den diesbezüglichen Antrag beim Anerbengericht stellen mußte oder stellen konnte. Jetzt ist die Regelung so getroffen, daß der Antrag auf Genehmigung sowohl vom Eigentümer des Grundstücks als auch von demjenigen gestellt werden kann, zu dessen Gunsten die Veräußerung oder Belastung stattfindet. Wenn beispielsweise der Bauer den Hof noch zu Lebzeiten übergeben will, so kann also der Antrag auf Genehmigung des Gutsübergabevertrags sowohl vom Vater als auch vom Sohn gestellt werden. Wenn ein Notar ein Rechtsgeschäft (z. B. einen Grundstückskaufvertrag) beurkundet hat, so gilt er als ermächtigt im Namen des Antragberechtigten, die Entscheidung des Anerbengerichts zu beantragen; dies gilt jedoch nicht, wenn der Notar nicht arischer Abstammung ist.

Vor dem 1. Oktober 1933 sind noch zahlreiche Grundstücksverkäufe und -belastungen getätigt worden, die beim Inkrafttreten des Reichserbhofgesetzes grundbuchmäßig noch nicht abgewickelt waren, so daß, falls es sich um Erbhofgrundstücke handelt, eine Abwicklung nur noch mit Genehmigung des Anerbengerichts möglich ist. Gleichgültig ist, ob beispielsweise die Auflassung noch vor dem 1. Oktober 1933 erfolgte oder nicht. Allerdings soll das Anerbengericht die Genehmigung dann erteilen, wenn die auf Veräußerung oder Belastung gerichtete Erklärung des Eigentümers bindend geworden ist und der Antrag auf Eintragung beim Grundbuchamt gestellt, die Eintragung aber vor dem 1. Oktober 1933 unterblieben ist. In der Regel wird deshalb das Anerbengericht diejenigen Veräußerungen von Erbhofgrundstücken genehmigen, bei denen noch vor dem 1. Oktober die Auflassung vorgenommen wurde, falls nicht besondere Gründe dagegen sprechen.

IV. Verwaltung und Nutzung des überlebenden Ehegatten

Nach § 26 des Reichserbhofgesetzes kann der Erblasser anordnen, daß dem Vater oder der Mutter des Anerben über die Volljährigkeit, jedoch nicht über das 25. Lebensjahr des Anerben hinaus, die Verwaltung und Nutzung zustehen soll. Wenn der Anerbe ein gemeinschaftliches Kind ist, so wäre beim Tode des Bauern, falls eine entsprechende Bestimmung vorliegt, die Ehefrau Nutzungs- und Verwaltungsberechtigt bis zum 25. Lebensjahr des Anerben. Wenn aber beispielsweise ein Enkelkind des Bauern Anerbe wird, weil der Sohn gestorben ist, so könnte dieses Verwaltungs- und Nutzungsrecht auch der Schwiegertochter eingeräumt werden. Es ist deshalb nicht gesagt, daß die Mutter des Anerben immer die Ehegattin des Bauern ist.

Durch § 13 der zweiten Durchführungsverordnung ist jetzt insofern eine Ergänzung eingetreten, als jetzt durch Testament oder Erbvertrag bestimmt werden kann, daß dem Ehegatten des Erblassers die Verwaltung und Nutzung zustehen soll. Falls der Anerbe zur ersten Ordnung (Söhne usw.) oder zur vierten Ordnung (Nichten usw.) gehört, kann dem Ehegatten die Verwaltung und Nutzung nur bis zum 25. Lebensjahr eingeräumt werden; gehört aber der Anerbe den anderen Ordnungen an, oder konnte er frei bestimmt werden, so kann dem Ehegatten die Verwaltung und Nutzung auch länger, jedoch höchstens auf Lebenszeit eingeräumt werden.

Falls allerdings der Anerbe das 30. Lebensjahr vollendet hat, kann das Anerbengericht auf Antrag des Landesbauernführers das weitergehende Verwaltungs- und Nutzungsrecht aufheben. Der Anerbe ist nicht berechtigt, den Antrag auf Aufhebung beim Anerbengericht zu stellen, er kann allenfalls beim Landesbauernführer den diesbezüglichen Antrag erregen. Ob der Antrag gestellt wird, entscheidet aber der Landesbauernführer nach eigenem Ermessen.

aus Gesundheitsrücksichten am 1. März in den Ruhestand.

Als Festtag für den diesjährigen Katholikentag ist endgültig Gleichitz bestimmt.

Der Pariser Kammerauschuss für Auswärtige Angelegenheiten hat gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Abg. Herriot die diplomatischen Verhandlungen der europäischen Großmächte erörtert. Wie ferner verlautet, hat Herriot den Ausschuss über den Wortlaut des in Berlin überreichten Abo-Mémoire unterrichtet. Der Ausschuss soll den Text ohne Widerspruch gebilligt haben.

In Paris wurde gestern der französisch-sowjetrussische Handelsvertrag paraphiert. Das Abkommen ist auf die Dauer von einem Jahr abgeschlossen. Rußland verpflichtet sich darin, innerhalb dieser Zeitdauer in Frankreich für mindestens 250 Millionen Franken Waren zu bestellen.

Im Memelland sollen die litauischen Jungschützen und die litauische Grenzpolizei die Absicht haben, sämtliche Landräte, Amts- und Gemeindevorsteher festzunehmen und für abgesetzt zu erklären. Bei dieser Gelegenheit soll auch die memelländische Landespolizei entwaffnet werden.

Bei einem Feuergefecht in der Nähe von Botafani (Rumänien) zwischen drei Soldaten und einer Räuberbande, die in einem Gutshof 150 000 Lei gestohlen hatte, wurden ein Feldwebel und ein Gendarm getötet und ein Major verletzt, trotzdem gelang es diesem nach einer aufregenden Schützenjagd einen der Täter zu fassen.

Nach einer Meldung aus Schanghai hat die Flotte der Kanting-Regierung Amoy eingenommen.

Die Regierung der aufständischen Provinz Futien hat ihren Sitz von Futtschau nach Amoy verlegt.

Mit Wirkung ab 1. Januar wurde in New York eine japanisch-amerikanische Handelsorganisation gegründet, die die zwischen beiden Ländern bestehenden Handelsbeziehungen ausbauen soll.

Der Chef der amerikanischen Luftstreitkräfte, Admiral King, erklärte, daß die Marineflugkräfte bis zum Jahre 1935 um 1000 Flugzeuge verstärkt werden müßten.



Hilfer-Jugend Unterbann Calw

1. Jeder HJ-Führer (HJ, SA, SS) sammelt die wöchentliche Beilage: Hitler-Jugend.
 2. Jeder HJ-Führer hat seine Kameraden zu veranlassen, nach Möglichkeit dasselbe zu tun.
 3. Ich bitte die Standortführer, bis zum Sonntag (Führertag im Monbachtal) Umschau zu halten nach geeigneten Pressewartern für HJ, SA und SS.
- Bannprekamt 126: R u f m a n n.

Für die Hitler-Jugend und den SS-Mann findet am Sonntagvormittag um 11 Uhr eine Sondervorführung des Filmes „SA-Mann Brand“ statt.

Befreiung von Vergnügungssteuer

Ein Erlass des Innen- und des Finanzministeriums bestimmt: Mit Rücksicht auf die besonderen Ziele des Winterhilfswerks hat der Reichsminister der Finanzen die Landesregierungen gebeten, die Gemeinden anzuweisen, a u s n a h m s w e i s e und mit den gebotenen Einschränkungen auch solche Veranstaltungen von der Vergnügungssteuer frei zu lassen, mit denen T a n z b e l u s t i g u n g e n verbunden sind. Beschränkt werden muß die Ausnahme auf Vergnügungen, die von Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt im Rahmen des Winterhilfswerks veranstaltet werden und deren Ertrag ausschließlichlich und unmittelbar dem Winterhilfswerk zugute kommt. Die Verpflichtung zur Annahme der Vergnügungen bleibt bestehen. Die Gemeinden sind angewiesen worden, Veranstaltungen der genannten Art von der Vergnügungssteuer freizustellen.

Ein Vater verhaftet

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Von der Polizei wurde ein Vater des Christkönigheims in Pfenningen unter dem einzigen Verdacht des sittlichen Vergehens an Jugendlichen in Haft genommen und dem Richter vorgeführt.

Neid oder Dummheit?

Die NS-NSD-Führer gegen die ewig Unzufriedenen

Leonberg, 9. Jan. Die erste Kreistagung der neugegründeten NS-NSD und des G H G für den Bezirk Leonberg am Erscheinungsfest war sehr stark besucht. Landrat B a u m a n n und Bürgermeister B e l e sprachen die Begrüßungsworte. Den ersten Vortrag hielt Gaugeschäftsführer K l e r i n g s - Stuttgart, der betonte, daß der Nationalsozialismus gern das Gute und Bewährte übernehme und pflegen und ausbauen wolle. Im übrigen ermahnte er zu Vertrauen und zur Geduld, es werde alles erfüllt, was zugesagt sei, die Bestimmung des Zeitpunkts dieser Erfüllung aber müsse man dem Führer überlassen. Mögliche Kritik oder gar Sabotage an den getroffenen Maßnahmen sei ebenso schädlich wie die V o r a n s t e l l u n g e i g e n n ü t z i g e r W ü n s c h e.

Handwerkskammerpräsident B ä h n e r - Nagold verurteilte ebenfalls scharf die Mördler, ewig Sachlichen und die Mederer, die eine besondere Klasse von Staatsfeinden darstelle, während die andere Klasse die marxistisch-liberalistisch verjudeten Menschen umfasse.

Aufruf des Winterhilfswerks

An die deutschen Stiftungen

Berlin, 7. Jan. Das Winterhilfswerk des deutschen Volkes 1933/34 bittet die Verwaltungen aller deutschen Stiftungen, die im Jahre 1933 und in den vorigen Jahren Ausschüttungen nicht vorgenommen haben, die Erträge ihrer Stiftungen der Reichsführung des Winterhilfswerks, Berlin, Reichstag, bekanntzugeben.

Soweit dies möglich ist, sollen die gesamten Erträge dieser Stiftungen dem Winterhilfswerk zur Verfügung gestellt werden, damit auf diese Weise brachliegendes Volksvermögen zum Kampf gegen Hunger und Kälte eingesetzt werden kann.

Wie wird das Wetter?

Die Wetterlage hat sich nicht geändert. Über Mitteleuropa liegt noch ein kräftiges Hochdruckgebiet. Die nördliche Depression bleibt vorerst ohne Einfluß. Für Freitag und Samstag ist deshalb trodenes, zeitweilig aufheiterndes, mäßig kaltes Wetter zu erwarten.

Die Wintersportverhältnisse haben sich nur wenig verändert. Von der S c h w a b i s c h e n A l b werden 25 bis 30 Zentimeter Schnee gemeldet, Schilbahnen sind überall ausgebaut. Im w ä r t t e m b e r g i s c h e n S c h w a r z w a l d liegt in den Gebieten Rniebis und Ruhestein 45 bis 50 Zentimeter Pulverschnee, Schilportmöglichkeiten sind sehr gut. Aus dem G e b i r g e werden gleichfalls sehr gute Verhältnisse gemeldet, die Wärschten sind überall bis in die Täler mäßig.

